

Interpellation

betreffend **faire Beschaffungspolitik in der Stadt Winterthur oder keine Ausbeutung mit Steuergeldern**

eingereicht von: Beat Stettler und Felix Landolt, namens der SP Fraktion

am: 15. September 2008

Anzahl Mitunterzeichnende: 28

Geschäftsnummer: 2008/085

Text und Begründung

Die öffentliche Hand beschafft für rund 36 Milliarden Franken pro Jahr verschiedenste Waren, Dienst- und Bauleistungen. Davon entfallen auf 43% oder 15.5 Milliarden Franken auf die Gemeinden. Konkret hat die Stadt Winterthur im Jahr 2007 für 126 Mio Franken Leistungen und Waren beschafft. Die öffentliche Hand stellt damit einen wichtigen Marktteilnehmer dar, welcher den Markt auf der Nachfrageseite beeinflussen kann.

Das Schweizerische Arbeiterhilfswerk klagt in seiner aktuellen Kampagne „Kehrseite“ Produktions- und Lebensbedingungen für hiesige Lieferungen und Produkte an, welche aus Ländern der sogenannten Dritten Welt stammen. Um Beispiele zu nennen: Kinderarbeit in indischen Steinbrüchen für die Pflastersteine in unserem öffentlichen Raum, Fussbälle aus Pakistan, mit deren Produktion die Existenz der Frauen, welche sie nähen, nicht gesichert ist, Kaffee aus Nicaragua aus nicht nachhaltiger Produktion, Tastaturen aus China, produziert in katastrophalen Arbeitsbedingungen und eine Bekleidungsindustrie, welche ihren Zuschneiderinnen in den Zollfreigebietern Mittelamerikas und Süd-Ostasiens einen Hungerlohn bezahlt und ... und ...und.

Mit dem Beschaffungsvorgang kann die öffentliche Hand Einfluss auf die Produktion ausüben. Werden mehr Produkte, welche den Forderungen einer sozial und ökologisch nachhaltigen Produktion entsprechen, nachgefragt, erhöht sich das Interesse der Produzenten und /oder der Zwischenhändler diesen Forderungen zu entsprechen.

Die soziale Nachhaltigkeit beinhaltet zum mindesten Arbeits- und Produktionsbedingungen von Waren und Dienstleistungen, welche den Forderungen der Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) entsprechen. Diese lassen sich in vier Grundprinzipien zusammenfassen:

- Vereinigungsfreiheit und Recht auf Kollektivverhandlungen
- Beseitigung der Zwangsarbeit
- Abschaffung der Kinderarbeit
- Verbot der Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf

Die Grundprinzipien sind in acht Übereinkommen festgehalten, welche die Schweiz alle ratifiziert und damit sich völkerrechtlich verpflichtet hat sie in nationales Gesetz umzusetzen.

Ein in ökologischer und sozialer Hinsicht nachhaltiges Konsumverhaltens gewinnt in der Öffentlichkeit zunehmend an Bedeutung. Für die Nachprüfbarkeit und die Kontrolle der Produk-

tions- und Arbeitsbedingungen können Unternehmungen ihre Produktionsprozesse und Arbeitsbedingungen nach unterschiedlichen labels zertifizieren lassen. Beispiele sind die internationale Bewertung für Kleider im Rahmen von CCC (clean cloth campaign) oder Zertifikate wie SA8000:2001.

Fragen

1. Nach welchen Kriterien beschafft sich die Stadt Winterthur ihre Waren und Dienstleistungen. Kommt das Kriterium der sozialen Nachhaltigkeit zur Anwendung und sofern ja Wo?.
2. Ist der Stadtrat der Meinung, dass dem Aspekt der sozialen Nachhaltigkeit auch in der öffentlichen Beschaffung Wichtigkeit beigemessen werden muss?
3. Bei welchen Produktgruppen im Beschaffungswesen der Stadt Winterthur erkennt der Stadtrat die Möglichkeit, dass dem Aspekt der sozialen Nachhaltigkeit als Entscheidungskriterium (Eignungs- oder Zuschlagkriterium) Einfluss eingeräumt werden kann? Wieso bei den anderen nicht?
4. Über welche Grundsätze gedenkt der Stadtrat im Rahmen der interkantonalen Vereinbarung zum öffentlichen Beschaffungswesen insbesondere dem Aspekt der sozialen Nachhaltigkeit in der Zuschlagserteilung Rechnung zu tragen?
5. Ist der Stadtrat bereit den Leitfaden für faire Beschaffung des SAH bei den Beschaffungsstellen zu propagieren und ihn - wo angemessen - anzuwenden?

Vorstoss-Rückseite Nr. 2008/085

eingesehen:	Mitunterzeichnende (X):		eingesehen:	Mitunterzeichnende (X):	
✓	B. Baltensberger (SP)	X	✓	Ch. Denzler (FDP)	
✓	Ch. Baumann (SP)	X	✓	St. Fritschi (FDP)	
✓	Ch. Benz – Meier (SP)	X	✓	B. Günthard-Maier (FDP)	
✓	Y. Beutler (SP)	X	✓	F. Helg (FDP)	
✓	U. Böni (SP)	X	✓	J. Heusser (FDP)	
✓	A. Daurù (SP)	X	✓	A. Meier-Camenisch (FDP)	
✓	P. Dennler (SP)	X	✓	P. Rütimann (FDP)	
✓	D. Hauser (SP)	X	✓	M. Wenger (FDP)	
✓	F. Künzler (SP)	X	✓	R. Werren (FDP)	
--	P. Kyburz (SP)				
✓	F. Landolt (SP)		✓	L. Banholzer (EVP)	X
--	M. Ott (SP)		✓	U. Fischer (EVP)	X
✓	J. Romer (SP)	X	✓	N. Gugger (EVP)	X
✓	O. Seitz (SP)	X	✓	B. Günthard Fitze (EVP)	X
✓	B. Stettler (SP)		✓	R. Kleiber (EVP)	X
✓	S. Stierli (SP)	X	✓	H. Iseli (EDU)	
✓	E. Wettstein (SP)	X	✓	S. Stöckli (GLP)	X
✓	R. Wirth (SP)	X	✓	M. Zeuglin (GLP)	X
✓	J. Würgler (SP)				
			✓	G. Bienz-Meier (CVP)	X
✓	W. Badertscher (SVP)		✓	U. Bründler-Krismer (CVP)	
✓	P. Fuchs (SVP)		✓	U. Dolski-Gebendinger (CVP)	X
✓	R. Isler (SVP)		✓	M. Hollenstein (CVP)	
✓	H. Keller (SVP)		✓	W. Schurter (CVP)	
--	Ch. Kern (SVP)		✓	R. Schürmann (CVP)	
✓	W. Langhard (SVP)				
✓	J. Lisibach (SVP)		✓	J. Altwegg (Grüne)	X
✓	R. Meier (SVP)		✓	B. Dubochet (Grüne)	X
✓	St. Nyffeler (SVP)		✓	A. Ramsauer (Grüne)	X
✓	St. Schär (SVP)		✓	D. Schraft (Grüne)	X
✓	W. Steiner (SVP)		--	M. Stauber (Grüne)	
			✓	D. Berger (AL)	X
✓	M. Stutz (SD)				